

CDU-Bundespartei-vize Silvia Breher zum Wahlprogramm „Wir müssen die Energiewende schneller umsetzen“

Anke Brockmeyer



Kandidiert für den Bundestag: Silvia Breher

Bild: Kappeler

Frage: Sie sind eine von zwei Frauen im [CDU](#)-Präsidium – neben vier männlichen Kollegen. Braucht die CDU eine Frauenquote?

Breher: Lange war das Präsidium pari besetzt. Auch jetzt noch sind ein Drittel der Präsidiumsmitglieder Frauen. Wir brauchen aber eine Quote in der CDU, damit wir zu einer besseren Sichtbarkeit der Frauen kommen, und es gibt dazu tragfähige Vorschläge. Darüber konnten wir bisher nicht abstimmen, weil es keinen großen Parteitag gab.

Zur Person

Silvia Breher (48) ist stellvertretende Parteivorsitzende der CDU. Die Politikerin und Juristin stammt aus Lindern (Kreis Cloppenburg), dort ist sie auf einem Bauernhof aufgewachsen. Die Mutter von drei Kindern ist Mitglied in den Ausschüssen für Ernährung und Landwirtschaft und für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Frage: Kanzlerkandidat [Armin Laschet](#) macht viele Negativ-Schlagzeilen. Glauben Sie dennoch an seine Kanzlerschaft?

Breher: Ja. Und er wird ein guter Kanzler werden. Viele glauben mittlerweile, sie wählen Baerbock, Scholz oder Laschet direkt – aber gewählt werden Parteien, die sich dann um eine regierungsfähige Mehrheit bemühen. Mit dem Ansatz der CDU, in ein Modernisierungsjahrzehnt zu gehen, werden wir den Regierungsauftrag bekommen.

Frage: Die Union erweckt den Eindruck, im Umweltschutz Gas geben zu wollen. Sie ist seit 16 Jahren an der Regierung – warum nimmt das Thema erst jetzt diesen Stellenwert ein?

Breher: Vieles ist doch schon passiert: Im Jahr 2020 kamen etwa 45 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien. Die Treibhausgas-Emissionen wurden im Vergleich zu 1990 um rund 41 Prozent reduziert – und das vor dem Hintergrund, dass wir als einzige Industrienation gleichzeitig aus Kohle und Kernkraft aussteigen. Wir haben in der aktuellen Legislatur mit dem weltweit ersten Klimaschutzgesetz den Fahrplan zur Klimaneutralität Deutschlands vorgelegt und Ende Juni die Klimaschutzvorgaben nochmals verschärft. Außerdem werden in den nächsten Jahren rund acht Milliarden Euro zusätzlich für Klimaschutzmaßnahmen zur Verfügung gestellt.

Frage: Laut Wahlprogramm sollen, „die besten Ideen technologieoffen gefördert werden“. Was heißt das für die E-Mobilität?

Breher: Technologieoffenheit ist der Grundsatz, mit dem wir Forschung und Innovation ermöglichen und fördern wollen. E-Mobilität ist ein wichtiger Faktor, in einigen Bereichen wie Schwerlast, Fliegen, Schifffahrt aber vielleicht nur eine Übergangstechnologie. Wasserstoff könnte für den Individualverkehr eher nichts sein, durchaus aber für andere Mobilitätsformen. Uns ist es wichtig, dass alles, was möglich ist, Raum bekommt, gefördert und in der Praxis erprobt wird.

Frage: Die CDU will die Produktion erneuerbarer Energie deutlich schneller ausbauen. Schon jetzt gibt es massiven Proteste gegen Windkraft- und große Photovoltaik-Anlagen. Wollen Sie Vorhaben auch gegen den Bürgerwillen durchsetzen?

Breher: Akzeptanz der Onshore-Windkraftanlagen gelingt nur mit den Menschen vor Ort. Deshalb ist es richtig, dass wir Abstandsregeln eingezogen haben. Für mich ist aber etwas anderes wichtiger: Wir brauchen eine Planungsbeschleunigung und eine rechtssichere Bürgerbeteiligung. Aber wenn wir den Umstieg in erneuerbare Energien wirklich erreichen wollen, müssen wir ihn auch möglich machen. Und zwar schneller.

Frage: Unternehmen sollen von Steuern und Bürokratie entlastet werden, die Union will den Soli abschaffen, kleine und mittlere Einkommen entlasten. Wie wollen Sie das ohne Steuererhöhungen finanzieren?

Breher: Neue Steuern wären in der momentanen Lage Gift für die Wirtschaft und würden Arbeitsplätze gefährden. Wir werden priorisieren und abhängig von der Haushaltslage die Bürger entlasten. Diese Diskussion hätten wir vor Corona anders geführt – die Pandemie hat Spuren hinterlassen. Wir müssen als Erstes die Wirtschaft wieder in Schwung bekommen, um dann weitere Schritte im Rahmen von Entlastungen zu ermöglichen.

Frage: Die CDU spricht sich für das Ehegattensplitting aus. Ist es noch zeitgemäß, Vorsorgerehen zu bevorzugen?

Breher: Ich verstehe diese Kritik nicht. Wir wollen, dass Familien so leben, wie sie es für richtig halten. Die Abschaffung des Ehegattensplittings würde zu einer deutlich höheren Belastung von Familien führen. Das halten wir für falsch.

Frage: Aber warum denn kein Familiensplitting – unabhängig von der Ehe?

Breher: Uns ist die Institution Ehe wichtig. Aber bei den Kindern wollen wir perspektivisch den Grundfreibetrag auf den Erwachsenenfreibetrag anheben. Auch bei Alleinerziehenden wollen wir den Freibetrag noch einmal anheben.

Frage: „Entscheidungszentren“ an [EU](#)-Außengrenzen, gesteuerte Zuwanderung von Arbeitskräften: Bekennt sich die CDU jetzt also doch dazu, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist?

Breher: Deutschland ist ohne Frage ein Einwanderungsland. Wir wollen die besten Köpfe nach Deutschland holen. Wir haben Fachkräftemangel und Bedarf an Mitarbeitern im Niedriglohnbereich. Deshalb ist es wichtig, eine Fachkräfteoffensive zu starten. Für uns als Union ist es von zentraler Bedeutung – insbesondere mit Blick auf die Europäische Union –, dass Migration geordnet erfolgt und sich an klaren Regeln orientiert. Das gilt für die Einwanderung von Fachkräften ebenso wie für die Aufnahme von Schutzsuchenden und Geflüchteten.

https://www.nwzonline.de/plus-politik/silvia-breher-zum-programm-der-union-fuer-die-bundestagswahl_a_51,3,1753924242.html?#